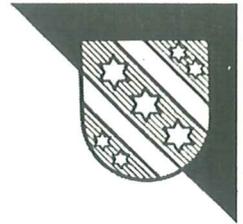


LANDRATSAMT REUTLINGEN  
Den 28.10.2008

KT-Drucksache Nr. VII-0539/3

für den Verwaltungs- und Kultur-  
ausschuss  
-nichtöffentlich-

für den Kreistag  
-öffentlich-



**Haushaltssatzung mit Haushaltsplan (samt Stellenplan) für das Haushaltsjahr 2009;  
Haushaltsstelle 1.9000.0260.000 (Jagdsteuer)**

Zu dem im Betreff genannten Beratungsgegenstand wurde umseitiger

**Antrag** der FDP-Kreistagsfraktion

eingereicht.

**Antrag auf Abschaffung der Kreisjagdsteuer im Einzelplan 9 zum Haushalt 2009**

**Begründung:**

Nach Angaben des Statistischen Landesamtes belief sich das Aufkommen an der Jagdsteuer in BaWü. auf 1,3 Mio. € im 1. Hj. 2008 und sank damit um 10,4 % ggü. dem Vorjahresniveau. Mit Blick auf die künftigen Jahre sei ferner mit einem weiteren Rückgang zu rechnen.

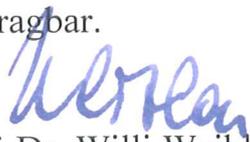
Im Landkreis beträgt das Aufkommen 136.000 €. Mehrere Landkreise, u.a. der Zollernalbkreis, haben diese Bagatellsteuer inzwischen abgeschafft. Fiskalisch fallen diese Einnahmen im Kreishaushalt ohnedies nicht ins Gewicht, zumal seit 2005 nunmehr zum 3. Mal in Folge der verbesserten Finanzsituation die Kreisumlage gesenkt werden soll.

Angestoßen wurde die Diskussion bereits in der Fraktionsvorsitzendenbesprechung am 9. Sept. 2008. Dort wurde sogar vorgeschlagen, eine Abschußprämie für Wildschweine i. H. v. 25 € im Gegenzug für die Beibehaltung der Jagdsteuer zu bezahlen. Im Saldo würde das Aufkommen dann bei 1.500 erlegten Sauen auf unter 100.000 € sinken. Angesichts dieser Relationen von Aufwand, Auszahlung und Ertrag lehnt die FDP-Fraktion im Kreistag dies ab, weil diese Überlegung zu wenig Anreize für das Bejagen von Schwarzkitteln bieten kann.

Da die Jäger nicht nur Pacht für ihr Revier, sondern auch Ausgleich für zunehmende Wildschäden bezahlen müssen, haben die finanziellen Belastungen zugenommen. Angesichts des verstärkten Maisanbaus für Biogasanlagen auf der Alb haben einige Gemeinden bereits Schwierigkeiten, ihre Jagden zu angemessenen Pachten zu vermarkten. Weil die Jäger auch noch angefahrenes Wild nach der Fleischhygieneverordnung teuer entsorgen müssen, sinkt die Attraktivität der Jagdpachten.

Selbst das Finanzministerium erklärte auf Anfrage die Jagdsteuer für nicht mehr „zeitgemäß“, sie stünde auch „in keinem Verhältnis zu den von der Jägerschaft erbrachten Leistungen“.

Wir halten daher die Abschaffung der Jagdsteuer für sachgerecht und finanziell für tragbar.



Prof. Dr. Willi Weiblen  
Fraktionsvorsitzender